

Auf der Suche nach dem Kompass

Diskussion am Gendarmenmarkt über Welthandel: Die Einschätzungen gehen weit auseinander. Entwicklungsstaatssekretär Kitschelt sieht Chancen im geplanten TTIP-Abkommen mit den USA. Brot für die Welt-Präsidentin Füllkrug-Weitzel und Chee Yoke Ling (Third World Network) sind skeptisch.

Von Hannes Koch

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (kurz: TTIP) kann auch den Entwicklungsländern nützen. Diese These vertrat Friedrich Kitschelt, CDU-Staatssekretär im Entwicklungsministerium (BMZ), im Haus der Evangelischen Kirche am Gendarmenmarkt. Eine nachhaltige, an den Interessen der ärmeren Staaten orientierte Handelspolitik sei mit dem umstrittenen Vertrag durchaus möglich, so Kitschelt. Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Präsidentin von Brot für die Welt, plädierte dagegen dafür, die „Verhandlungen auszusetzen“.

„**Globaler Handel im Kontext einer wertebasierten Entwicklungspolitik**“ lautete der Titel der Veranstaltung, zu der Prälat Martin Dutzmann am 13. November 2015 eingeladen hatte. Vornehmlich ging es dabei um TTIP. „Welche Chancen bietet dieser Ansatz?“, fragte Dutzmann in seiner Einleitungsrede. „Und was können wir tun, um die Risiken zu lindern?“ Antworten interessieren den Bevollmächtigten des EKD-Rates auch deshalb, weil er – wie sein katholischer Kollege – im Beirat für die TTIP-Verhandlungen beim Bundeswirtschaftsministerium mitarbeitet. Dort ist es seine Aufgabe, die Position der Kirche einzubringen und die Regierung zu beraten.

„Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) – so heißt das Abkommen, über das Vertreter/innen der Europäischen Kommission und der US-Regierung gegenwärtig verhandeln. Ein wichtiges Ziel besteht darin, Zölle auf beiden Seiten des Atlantiks zu senken oder abzuschaffen. Dadurch soll der gegenseitige Handel zunehmen, was schließlich auch für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten sorgen könnte. Außerdem wollen die Verhandler der beiden weltgrößten Wirtschaftsmächte Vorschriften und Regeln anpassen, damit beispielsweise Autohersteller für identische Bauteile nicht mehrere Test- und Prüfverfahren absolvieren müssen.

In der Öffentlichkeit ist TTIP stark umstritten. Unter anderem Brot für die Welt, Gewerkschaften, Grüne, Linke und Teile der SPD kritisieren den geplanten Rechtsschutz für Investoren. US-Unternehmen würden dank TTIP vor neuen Schiedsgerichten beispielsweise gegen die Bundesregierung klagen können, wenn sie ihre Interessen durch deutsche Gesetze beeinträchtigt sehen. Europäische Konzerne hätten das gleiche Recht in den USA. Außerdem argumentieren die Kritiker, ungehemmter Handel zwischen Europa und den USA benachteilige Entwicklungsländer und diene deshalb gerade nicht einer nachhaltigen, gerechten Weltordnung. Der Protest entzündet sich auch am bereits ausgehandelten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA), das in eine ähnliche Richtung geht wie TTIP.

Staatssekretär Kitschelt umriss zunächst die Leitlinien der deutschen Entwicklungspolitik. Demzufolge verfolgt sein Haus einen wertebasierten Ansatz, der das Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde, das Überleben der Menschheit zu erträglichen Bedingungen, die Bewahrung der Schöpfung und einen globalen Interessenausgleich in den Mittelpunkt stellt. Nachhaltige Entwicklungspolitik bedeute in diesem Sinne auch, dass die Chancen zwischen Bürgern der Erde möglichst gerecht verteilt würden, so Kitschelt. Statt „Freihandel“ sei „fairer Handel“ zwischen Nord und Süd nötig. Wer eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft wünsche, müsse die Eigeninitiative von Individuen ermöglichen, dem Markt aber auch „Regeln setzen“.

Auf der praktischen Ebene plädierte Kitschelt beispielsweise dafür, „Wachstum und Kohlendioxid-

Ausstoß zu entkoppeln“, um das Klimaproblem zu entschärfen. Außerdem müssten in den globalen Produktionsketten der Unternehmen bessere soziale und ökologische Standards durchgesetzt werden. Er verwies auf das Bündnis für nachhaltige Textilien, das Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kürzlich ins Leben gerufen hat. Daran beteiligte Firmen – viele sind es bisher nicht – verpflichten sich unter anderem, den Beschäftigten in den weltweiten Zulieferfabriken mehr Geld zu zahlen und auf gesundheitsschädliche Chemikalien zu verzichten.

Das Freihandelsabkommen TTIP lässt sich laut Kitschelt grundsätzlich nutzen, um eine nachhaltigere Politik zu betreiben. Im Zuge dieses Prozesses achte die Bundesregierung auf die Interessen „unserer Partner“ im globalen Süden. Er sicherte zu, dass die gegenwärtigen Handelsvorteile für Entwicklungsländer auf der Basis von Partnerschaftsabkommen auch unter TTIP weiter Gültigkeit behielten. Arme Länder könnten also sicher sein, auch künftig ihre Waren zollfrei in die EU einführen zu dürfen.

Kitschelt äußerte die Hoffnung, die TTIP-Verhandlungen aus entwicklungspolitischer Sicht beeinflussen zu können. Bisher sei noch nicht genau abzusehen, zu welchen Konsequenzen für die Entwicklungsländer der Vertrag führen werde. Aufschluss darüber soll ein Gutachten bringen, das die Regierung beim Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München in Auftrag gegeben hat. Der Staatssekretär sicherte zu, dass bisherige Rechtspositionen der EU und der Welthandelsorganisation (WTO) nicht eingeschränkt würden. Die EU-Kommission stimme sich ja mit der Bundesregierung ab, und so könne auch das Entwicklungsministerium seine Prioritäten einbringen. Die Bundesregierung werde das Abkommen nur mittragen, wenn auch das BMZ einwillige: „Europa lässt sich nicht über den Tisch ziehen“. Der Kompass für die Verhandlungen – Werteorientierung, Nachhaltigkeit – sei intakt, so Kitschelt.

Brot für die Welt-Präsidentin Füllkrug-Weitzel stellte das infrage. „Was ist das Ziel von TTIP?“. Ihre Antwort: Den Wirtschaftsmächten EU und USA gehe es in erster Linie darum, einen „goldenen Standard“ mit weltweiter Gültigkeit zu entwickeln. Die neuen Regeln würden so ausgestaltet, dass sie europäischen und US-amerikanischen Interessen dienen, sowie als Vorbild für die internationalen Handelsbeziehungen insgesamt wirken. Dieses einseitige Paradigma verstoße mindestens teilweise gegen die Interessen der Entwicklungsländer, so Füllkrug-Weitzel.

Viele Kritiker befürchten beispielweise, dass die Exporte aus Entwicklungsländern nach Europa zurückgehen, weil sie ein stärkerer Handel zwischen Europa und den USA verdränge. Der beabsichtigte Abbau von sogenannten nichttarifären Handelshemmnissen (Regeln, Gesetze, Vorschriften) im Rahmen von TTIP setze die armen Staaten zudem unter Druck, eigene Regulierungen zu verringern.

Füllkrug-Weitzel leitete ihre Kritik auch aus dem Umstand ab, dass die Verhandler der EU und USA große Eile an den Tag legten. Der Grund: Mit ihren Standards wollten sie anderen Staaten und Regionen möglichst zuvorkommen. Wegen des offensichtlichen Zeitdrucks habe sie „großen Zweifel“, ob die grundsätzliche Ausrichtung des Freihandelsabkommens noch zu beeinflussen sei, und der wertebasierte Kompass des Entwicklungsministeriums eine Rolle spielen könne. „Ich befürchte, dass wir mit dem Kompass von TTIP werden leben müssen“, sagte Füllkrug-Weitzel. Deshalb sprach sie sich dafür aus, „die Verhandlungen auszusetzen“.

Die Brot für die Welt-Präsidentin wies auch darauf hin, dass die Logik von TTIP als zweiseitiges, exklusives Abkommen dem multilateralen Ansatz widerspreche. Dieser findet seinen Platz beispielsweise in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation, in der jedes Mitgliedsland eine Stimme besitzt. Um einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen von Nord und Süd zu erreichen, seien die relativ gleichberechtigten Verhandlungen im Rahmen der WTO das bessere Mittel, so Füllkrug-Weitzel. Dieses Argument gegen TTIP leidet allerdings daran, dass die WTO ein neues Welthandelsabkommen in den vergangenen 13 Jahren nicht zustande gebracht hat.

Unterstützung in ihren Zweifeln am TTIP-Verhandlungsprozess erhielt Füllkrug-Weitzel von Imme

Scholz, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Die Generaldirektion Handel, die für die EU-Kommission die Verhandlungen mit den USA führt, agiere, als lebe sie auf einer „Insel“, so Scholz. „Eine wertebasierte Entwicklungspolitik dringt nicht in die Verhandlungen durch.“ Die Entwicklungsexpertin hielt es deshalb für unwahrscheinlich, dass der Beirat beim Wirtschaftsministerium größeren Einfluss auf den TTIP-Prozess ausüben könne.

Chee Yoke Ling vom Third World Network, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt aus Malaysia, sagte: „Zwei Paradigmen stehen sich gegenüber – das Prinzip der Nachhaltigkeit und das Prinzip des Profits.“ Das Freihandelsabkommen TTIP repräsentiere den zweiten Ansatz. Im Mittelpunkt stünden die Interessen der Unternehmen. Letztlich wollten die EU und die USA ihre Konzerne dabei unterstützen, die Weltmärkte zu dominieren. TTIP werde außerdem dazu beitragen, den „öffentlichen Sektor zurückzudrängen“. Entwicklungsländern werde dadurch erschwert, Import- und Exportsteuern zu erheben, die zum Schutz der einheimischen Wirtschaft oder für die Finanzierung der Staatsausgaben wichtig seien. Trotzdem sei sie optimistisch, sagte Chee: Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) sei vor Jahren daran gescheitert, dass sich ihm internationaler Protest entgegengestellt habe. Im Falle von TTIP sei das heute auch wieder möglich.